

Rechts-Staat Österreich?

Zur Kriminalisierung des Antifaschismus

10. November 2014, 18:00

SPÖ Hietzing, Wolkersbergenstraße 170



Das Jahr 2014 war ein Jahr, in dem mehr Menschen als je zuvor Rechtsextremismus auf die Straße gingen. So demonstrierten über 10000 AntifaschistInnen gegen den Akademikerball (vormals WKR-Ball) in der Hofburg, der als Vernetzungstreffen des europäischen Rechtsextremismus gilt. Auch dem Aufmarsch der „Identitären“, einer neurechten Gruppierung mit guten internationalen Kontakten, stellten sich tausend AntifaschistInnen unterschiedlicher politischer Ausrichtung in den Weg.



Gleichzeitig wurden die Auseinandersetzungen zusehens härter: Die Polizei, deren Strategie in den letzten Jahren immer mehr auf Eskalation ausgerichtet war, setzte bei den antifaschistischen Demonstrationen dieses Jahr auf Härte. Bei den Protesten gegen den Aufmarsch der „Identitären“ mischten sich hunderte PolizistInnen in zivil unter die Demo, es kam zu massivem Einsatz von Pfefferspray, Festnahmen und Anzeigen. Das riesige Aufgebot der Polizei und das harte Auftreten war zumindest völlig unverhältnismäßig. Im Sommer folgte ein spektakulärer Prozess: Josef S. wurde nach einem halben Jahr Untersuchungshaft wegen Landfriedensbruch schuldig gesprochen, obwohl die Beweislage dünn war. „Schuldspruch aus Mangel an Beweisen“, titelte Der Spiegel nach dem Prozess.

Wie konnte es zu einem solchen Urteil kommen? Warum wird antifaschistischer Protest, der weitestgehend gewaltfrei abläuft, immer wieder pauschal kriminalisiert? Wie rechts sind Polizei und Justiz in Österreich?

Darüber diskutieren:

Natascha Strobl (Offensive gegen Rechts)

Andreas Peham (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes)

Hannes Jarolim (Justizsprecher der SPÖ im Nationalrat)